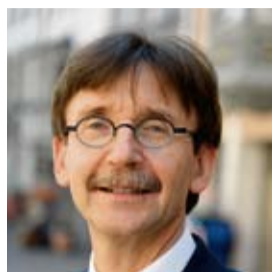


Vier aktuelle Fragen an die Kandidierenden



Peter Neukomm
Finanzreferent und Kandidat Stadtpräsidium (SP)



Raphaël Rohner
Baureferent und Kandidat Stadtpräsidium (FDP)



Katrin Bernath
Grossstadträtin und Kandidatin Stadtrat (GLP)



Katrin Huber Ott
Grossstadträtin und Kandidatin Stadtrat (SP)



Daniel Preisig
Grossstadtrat und Kandidat Stadtrat (SVP)

Umwelt KBA Hard, Biorender: Soll die Stadt auch in Zukunft in ökologische Pionierprojekte investieren?

Nach den negativen Erfahrungen mit dem Pilotprojekt in der KBA Hard drängt sich ein «Nein, sicher nicht» auf. Beim einstimmigen Entscheid der Verwaltungskommission des Kläranlageverbandes von 2008 für das gescheiterte Projekt war ich noch nicht mit dabei. Aber ich weiss, dass die Wahl nicht leichtfertig getroffen wurde. Weil bei solchen Investitionen Gelder eingesetzt werden, welche die Gebühren- und Steuerzahlenden dem Staat anvertraut haben, sollten nur erprobte Verfahrenstechniken zum Einsatz gelangen.

Nein. Die Stadt und der Kläranlageverband werden sich ausschliesslich auf den Einsatz praxiserprobter und bewährter Standardprodukte beschränken. Unnötige Risiken führen zu unhaltbaren Situationen, wie ich sie bei der KBA Hard angetroffen habe.

Die Stadt soll weiterhin in ökologische Projekte investieren, aber nicht in Pionieranlagen, die noch nirgendwo sonst in Betrieb sind. Es gibt viele erprobte Technologien zur Nutzung von erneuerbaren Energien. Investitionen in solche Projekte zahlen sich aus – sowohl finanziell als auch für die Umwelt. Die Chancen und Risiken müssen aber bei jedem Projekt sorgfältig geprüft werden. Dabei sind finanzielle, technische und ökologische Aspekte zu berücksichtigen.

Ohne Pioniere gäbe es ganz viele Erregungenschaften unserer Gesellschaft nicht, daher sind Pionierprojekte nicht a priori schlecht oder zum Scheitern verurteilt. Gerade im Ökologie- und Umweltbereich braucht es neue Technologien, um zum Beispiel der Abfallberge Herr zu werden. Im Moment ist es wichtig, dass die aktuellen Probleme gelöst werden und man aus Fehlern die notwendigen Lehren auf allen Ebenen zieht, bevor man hier wieder eine aktive Vorreiterrolle übernehmen will.

Nein, Ökologieprojekte müssen – genau gleich wie alle anderen Investitionen – seriös und ohne ideologische Brille auf Wirtschaftlichkeit und Risiken überprüft werden. Die Stadt hat grosse Defizite in der Projektentwicklung. Und: Wir brauchen in den Kontrollgremien mehr kritische Leute, solche, die auch unangenehme Fragen stellen. Im Nachhinein hätte man das KBA-Projekt besser einem privaten Generalunternehmer übergeben, der über die nötige Fachkompetenz verfügt und die Risiken trägt.

Drogen Soll der Cannabiskonsum legalisiert werden?

Das Stimmvolk hat das 2008 abgelehnt. Diesen Entscheid gilt es zu respektieren. Mit der Möglichkeit, den Cannabiskonsum über Ordnungsbussen zu ahnden, wurde eine pragmatische Lösung gefunden, welche die Strafverfolgungsbehörden entlastet. Aus liberaler Sicht erscheint es aber nach wie vor fraglich, den Konsum einer Substanz zu kriminalisieren, die das kleinere Suchtpotenzial als Alkohol aufweist. Wichtig sind mir bei diesem Thema vor allem der Jugendschutz und die Prävention.

Nein. Cannabis ist auch nach Beurteilung der Weltgesundheitsorganisation eine nicht ungefährliche Droge, die zu Schädigungen verschiedenster Art und zur Abhängigkeit führen kann. Wer Entspannung sucht, ist gut beraten, dies nicht mit Drogenkonsum – welcher Art auch immer – zu tun. Anregende und ausgleichende Freizeitbeschäftigungen wie Musik und Sport, die Pflege von Freundschaften etc. sind die besten Mittel, um wieder die innere Balance zu finden.

Mit einem kontrollierten Verkauf von Cannabis könnte der Jugendschutz verbessert werden. Deshalb bin ich für neue Lösungen, die verstärkt auf Eigenverantwortung und Transparenz setzen. Eine kontrollierte Legalisierung von Cannabis würde zum Beispiel einen Einsatz im medizinischen Bereich ermöglichen. In der praktischen Umsetzung sind aber noch einige Fragen offen, und ich bin gespannt auf die Erfahrungen, die in einem Pilotversuch in Schweizer Städten gesammelt werden.

Ja, der private Gebrauch für Erwachsene sollte gleich behandelt werden wie Alkohol und Tabak. Da liegt die Gesundheit in der Verantwortung jedes Einzelnen, und eine Kriminalisierung bringt nichts. Wer kiffen will, kiff schon jetzt. Ganz wichtig ist mir, dass der Cannabiskonsum im Medizinbereich bei Krankheiten wie zum Beispiel MS zugelassen wird. Cannabis wirkt nachweislich schmerzlindernd und krampflösend. Die Hürden für die Patienten, um an Produkte zu gelangen, sind aber heute leider noch viel zu hoch.

Nein. Der Konsum von Cannabis ist gesundheitsschädigend und erhöht das Risiko auf Depression, Schizophrenie und weitere Persönlichkeitsstörungen. Eine Legalisierung wäre das falsche Signal von der Politik. Das Volk hat eine Legalisierung bereits 2008 mit 63 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Auch Holland – wo ich in diesem Frühling beruflich unterwegs war – hat nach Problemen mit dem Drogentourismus seine Drogenpolitik verschärft.

Abstimmung Soll in der Schweiz eine öffentliche Einheitskrankenkasse eingeführt werden?

Ja, denn ich sehe keinen Sinn darin, wenn bei einer Zwangsversicherung ohne Preiswettbewerb wie der Grundversicherung nach Krankenversicherungsgesetz über 60 private Kassen jährlich 250 Millionen Werbefranken ausgeben, um der Konkurrenz junge, gesunde Prämienzahlende abzugeben. Hinzu kommen 100 Millionen an Wechselkosten. Diese Gelder sollten besser in die medizinischen Leistungen für die Kranken investiert werden.

Nein. Damit wird das Problem der Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht gelöst. Im Gegenteil: Mit dem Wegfall des Wettbewerbs ist die Preisentwicklung nicht mehr den Gesetzen des freien Marktes ausgesetzt. Die Wahlfreiheit der Kunden entfällt, die Qualität der medizinischen Versorgung würde gefährdet. Der Verwaltungsaufwand wäre sehr hoch und entsprechend kostspielig.

Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen sind ein grosses Problem. Eine Einheitskasse für die Grundversicherung löst das Problem aber nicht. Die Zusatzversicherungen wären weiterhin privat, das System würde nicht vereinfacht. Die Verwaltungskosten betragen heute nur fünf Prozent der Ausgaben, und in einer einzigen grossen Versicherung mit Monopolstellung fehlen Anreize für Kostensenkungen. Deshalb braucht es Verbesserungen am bestehenden System mit Wahlfreiheit und keine Einheitskasse.

Ja. Eine transparente Sozialversicherung ist besser als 61 Profitkassen, die je 61 Verwaltungsapparate unterhalten und unsere Prämien für millionenschwere Abstimmungs- und Marketingkampagnen verschleudern und einen mit Telefonanrufen ärgern. Der Wettbewerb für die Grundversicherung ist unnötig, da alle 61 Kassen ja dieselben Leistungen anbieten müssen. Eine Einheitskasse erachte ich als sinnvoll – die Suva macht's vor, dass das einwandfrei funktionieren kann.

Die versprochenen Einsparungen durch die wegfallende Werbung und die Synergien stehen in keinem Verhältnis zu den wettbewerbsbedingten Anreizen. Ein staatliches Monopol hat noch nie zu Kostensenkungen und besserer Qualität geführt! Das zeigt auch der Blick ins benachbarte Ausland. Ja zur Wahlfreiheit. Ja zur Servicequalität. Nein zur staatlichen Einheitskasse.

Sicherheit Welche Armee braucht die Schweiz?

Die neueste Reform WEA läuft in die richtige Richtung: Die Armee soll auf 100 000 Mann verkleinert, besser international eingebunden und der aktuellen Bedrohungslage angepasst werden. Die Friedenstruppe soll auf 500 Mann ausgebaut werden. Darüber, ob es alle Rüstungseinkäufe auf der langen Wunschliste des VBS und ein jährliches Budget von fünf Milliarden Franken wirklich braucht oder ob sich das Ganze nicht auch noch etwas schlanker verwirklichen liesse, kann man aber sicher diskutieren.

Als neutraler und souveräner Staat braucht die Schweiz eine optimal ausgerüstete Armee, die im Notfall innert kürzester Frist zum Schutz des Landes und der Bevölkerung mobilisiert werden kann. Die aktuellen Vorkommnisse in der Ukraine zeigen, dass sich die Bedrohungsszenarien, auch in Bezug auf terroristische Ereignisse, selbst in unmittelbarer Nähe innert Kürze verändern. Darauf muss die Schweiz im Notfall angemessen und konsequent reagieren können.

Der Auftrag für die Schweizer Armee muss den geänderten globalen Entwicklungen angepasst werden. Die Schweiz braucht eine flexiblere, kleinere Armee, die auf neue Herausforderungen ausgerichtet ist und bei ausserordentlichen Ereignissen, wie zum Beispiel Überschwemmungen, rasch die zivilen Organisationen unterstützen kann. Die Sicherheit in der Schweiz ist von Entwicklungen in der ganzen Welt abhängig; deshalb ist die Friedensförderung im Ausland wichtig.

Eine Armee, die den heutigen Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst ist. Ich denke, die Aufgaben und die Grösse der Armee müssen grundsätzlich überdacht werden, ebenso das Milizsystem. Denn, sind wir ehrlich, unsere Teilzeitsoldaten wären im Ernstfall wohl kaum in der Lage, den Bevölkerungsschutz zu gewährleisten. Selbst Bundesrat Maurer hat das erkannt und macht sich Gedanken zur Zukunft der Armee. Qualität vor Quantität heisst hier wohl das Zauberwort.

Die Schweiz braucht weiterhin eine glaubwürdige, starke Milizarmee zur Verteidigung unseres weltoffenen und unabhängigen Kleinstaates vor jedem gewalttätigen Angriff von aussen. Kriege sind leider eine Tatsache. Der Konflikt in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, was geschehen kann, wenn ein Land nicht in der Lage ist, sein Territorium zu verteidigen. Die immerwährende, bewaffnete Neutralität hat unserem Land während Jahrhunderten Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit bewahrt.

ANZEIGE

Multidigitalewebillugrafin

maz

DIE SCHWEIZER JOURNALISTENSCHULE

Wer weiss schon, was morgen von Ihnen verlangt wird? Am MAZ werden Sie auf die Zukunft vorbereitet. Wir sind das führende Schweizer Kompetenzzentrum für Journalismus, Visuelle Publizistik und Medienkommunikation | Rhetorik.

Murbacherstrasse 3, 6003 Luzern, 041 226 33 33
office@maz.ch, www.maz.ch